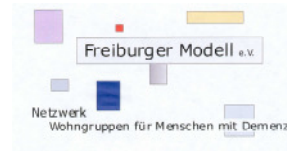




**Wahlprüfsteine Altenpolitik – Landtagswahl Baden-Württemberg
 März 2011**

CDU		
Frage 1		
Frage 2		
Frage 3		
Frage 4		
Frage 5		
Frage 6		
Frage 7		
Frage 8		
Frage 9		
Frage 10		
Frage 11		
Frage 12		
Frage 13		
Frage 14		



Wahlprüfsteine Altenpolitik – Landtagswahl Baden-Württemberg März 2011

SPD	Klaus Maier	Gabi Rolland	Norbert Zeller
Frage 1	- Förderung von lebenslangem Lernen und Bildung im Alter	- direkte Wahl der Seniorenräte vor Ort - Beratung durch Experten aus Seniorenräten, Senioreneinrichtungen und Gerontologen - Mehrgenerationen-zentren	- Sicherung der politischen Teilhabe älterer Menschen, Beratung durch Seniorenräte, Experten in den Senioreneinrichtungen etc. - Stärkung der Selbstständigkeit durch Teilhabe am Arbeitsleben - Entwicklung von Konzepten für Bildung und lebenslanges Lernen - Förderung der gerontologischen Wissenschaft, Ausbau von regionalen Netzwerken - Verteidigung des AGG
Frage 2	- Engagement gegen Altersdiskriminierung aufgrund von Pflegebedürftigkeit und Demenz	- Anpassung an veränderte Bedingungen - Förderung von Weiterbildung und Einrichtung von Arbeitszeitmodellen	- Umbau der Arbeitswelt - Prävention und Gesundheitsförderung - altersgerechte Arbeitsbedingungen und Vermeidung von Risikofaktoren
Frage 3	- Bemühen um Integration, Ausbau einer selbst- und mitverantwortlichen Zivilgesellschaft	- Änderungen im Wahlrecht für Ausländer - Einsatz eines „Staatsministers für Integration“	- Fortbildungsangebote für den Erwerb interkultureller Kompetenzen, etwa in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen etc. - Verständnis Arzt - Patient: mehrsprachige Informationen, Aufbau eines Dolmetschernetzes oder Übersetzung von Einwilligungsf formularen
Frage 4	- Weiterentwicklung und Ausbau von Telearbeit, Teilzeit, altersgerechter Arbeit, Gesundheitsvorsorge etc.	- Bewahren und Weiterentwickeln des Bürgerschaftlichen Engagements	- Ausbau und Förderung der Infrastruktur für das Engagement Älterer wie z.B. Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen oder Ehrenamtsbörsen - Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement z.B. im Vereinsrecht - Überprüfen und Abbau von Altersgrenzen - Bürokratieabbau
Frage 5	- Einstellung von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund, Schaffen von ehrenamtlichen	- Freiwilligendienst aller Generationen	- Stärkung der Zivilgesellschaft durch attraktive und gut ausgestattete Freiwilligendienste > einheitliche Lösung für Interessenten aus allen Generationen



	Strukturen, Abbau von Erschwernissen für Bürger mit Migrationshintergrund (Reisefreiheit, etc.)		
Frage 6	<ul style="list-style-type: none"> - Landesinitiativen zur Förderung von Weiterbildung (neue Medien) - steuerfreier Anreiz der Tätigkeit, das Ehrenamt darf die Pflegeberufe nicht „aushöhlen“ 	<ul style="list-style-type: none"> - Mehrgenerationen-zentren - Wohnbauförderung > Modelle des generationsübergreifen den Wohnens - Förderung neuer Wohngemeinschaften 	<ul style="list-style-type: none"> - Schutzbestimmungen (zum Beispiel der Schutz der Privat- und Intimsphäre) sollen grundsätzlich für alle Formen des organisierten Wohnens von alten und behinderten Menschen gelten - Ersatz des Entwurfs für die Landesheimpersonalverordnung durch eine Personalverordnung für die Pflege und Betreuung - die Landesförderung für Pflegeheime soll weiter zur Verfügung stehen - Konzentration auf den Ausbau der neuen Betreuungsformen
Frage 7	<ul style="list-style-type: none"> - gut bezahlte Arbeit in den entsprechenden Berufen - Solidarität der Gemeinschaft, d.h. höherer Finanzierungsanteil durch wohlhabendere Schichten 	<ul style="list-style-type: none"> - Heimplatzquote - Aufbau der Pflegeinfrastruktur - quantitativer und qualitativer Ausbau von Pflegestützpunkten 	
Frage 8	- über das Instrument des Städtebaus: Förderung neuer Wohnformen und sozialer Netzwerke	-	
Frage 9	- Dezentralisierung und Schaffung einer Infrastruktur (Sozialstationen, ambulante Hilfen)		
Frage 10	- ambulant betreute Wohngemeinschaften stellen ein Problem dar, das etwa durch eine Mustereinrichtung aufgezeigt und gelöst werden muss	<ul style="list-style-type: none"> - landesweite und regionale Datenreports - regionale Pflegekonferenzen - Einbindung aller Akteure in ein Netzwerk - Förderung der Pflegeforschung und Pflegelehre > Etablierung eines Instituts für Pflegeforschung 	<ul style="list-style-type: none"> - Vermeiden von Doppelprüfungen desselben Sachverhalts (durch den Medizinischen Dienst, Heimaufsicht, etc.) - Anpassung des Prüfungsaufwands
Frage 11	- Schaffung von dezentralen Betreuungsplätzen zusammen mit Nachbargemeinden > betreute Seniorenwohnungen für ein selbstbestimmtes	- Freiburger Interventionsprojekt „Häusliche Gewalt“	<ul style="list-style-type: none"> - gut ausgebildetes Personal in ausreichendem Umfang - Finanzierung über das Konzept der Bürgerversicherung - Pflegedokumentation und Prüfung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung und der Heimaufsicht



	Leben (dezidiert: nicht „Heim“)		
Frage 12	<ul style="list-style-type: none"> - Einschränkung der Bürokratie - Überwindung der Sozialknappheit in der Pflege, bessere Bezahlung, Fortbildung etc. zur Förderung der Integration von behinderten Menschen - Einrichten einer Bürgerversicherung als Ersatz für die Kranken- und Pflegeversicherung 		<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung von Konzepten für eine Heimarztregelung - verbindliche Regelungen im SGB V, die eine dauerhafte Finanzierung erlauben - akademische Pflegeausbildung
Frage 13	<ul style="list-style-type: none"> - Ausweitung von Pflegestützpunkten 	<ul style="list-style-type: none"> - quantitativer und qualitativer Ausbau von Pflegestützpunkten mit finanzieller Beteiligung der privaten Krankenkassen 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau und Verbesserung des Beratungsangebots für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen - quantitativer und qualitativer Ausbau der Pflegestützpunkte > wohnortnahe Versorgung
Frage 14	<ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung eines dezentralen Modells, ergänzt durch seniorenbetreute Wohnungen, ehrenamtlich aktive Fördervereine, kirchliche Einrichtungen, Organisationen (DRK) 		<ul style="list-style-type: none"> - Rechtsanspruch auf eine altersgerechte und behindertenfreundliche kommunale Infrastruktur durch eine entsprechende Finanzausstattung für die Kommunen



Wahlprüfsteine Altenpolitik – Landtagswahl Baden-Württemberg März 2011

FDP	Dieter Kleinmann	Hans-Peter Wetzel
Frage 1	<ul style="list-style-type: none"> - Anknüpfen an die Enquête-Kommission „Fit fürs Leben...“ - selbst- und mitverantwortliche Bildung und Weiterbildung 	
Frage 2	<ul style="list-style-type: none"> - Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung - Fachkräfteinitiative 	
Frage 3	<ul style="list-style-type: none"> - landesweite „Integrationsbotschafter-Kampagne“ - Fachkräfteinitiative - Ausbau der kommunalen Netzwerke von Integrations- und Bildungslotsen zu einem Landesnetzwerk - Projekte in Zusammenarbeit z.B. mit Sportvereinen, Feuerwehren und Selbsthilfegruppen, mit der offenen Altenhilfe und im Bereich der Altenpflege 	
Frage 4	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung der Anerkennung für Ehrenamtliche insbesondere durch angebotene Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten auf Landeskosten - Entbürokratisierung der aktiven Bürgergesellschaft 	
Frage 5	<ul style="list-style-type: none"> - Überführung eines Teils der Mittel für den Zivildienst in den Bereich des Bürgerengagements - Stärkung der Freiwilligendienste aller Generationen und der Selbsthilfe 	
Frage 6	<ul style="list-style-type: none"> - individuell gestaltbare Wohnformen für ältere Menschen als Alternative zum klassischen Pflegeheim - Verknüpfungen zwischen professioneller Hilfe und ehrenamtlichem Engagement, in das sich auch die älteren Menschen selbst aktiv einbringen können - Mehrgenerationenhäuser 	
Frage 7	<ul style="list-style-type: none"> - Beseitigung von wettbewerbsverzerrenden Finanzierungsunterschieden zwischen stationären und ambulanten Wohnformen - Durchlässigkeit und Wahlmöglichkeiten zwischen den Hilfeformen - Unterstützung der in der häuslichen und familiären Pflege Tätigen 	
Frage 8	<ul style="list-style-type: none"> - Projekte zur Ambulantisierung stationärer Versorgungsformen - Maßnahmen zur Aufhebung der starren Sektorengrenzen zwischen ambulanten und stationären Versorgungsformen - Weiterentwicklung stationärer Pflegeeinrichtungen zu regionalen Servicezentren 	
Frage 9	<ul style="list-style-type: none"> - kein Handlungsbedarf in Hinblick auf das Landesheimgesetz, bis auf Landesheimpersonalverordnung - keine Gefährdung von kleinen gemeindenahen Einrichtungen 	
Frage 10	<ul style="list-style-type: none"> - Abbau von unnötigem bürokratischen Aufwand - Verhindern von Mehrfachprüfungen gleicher Sachverhalte 	
Frage 11	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützungs- und Fortbildungsmaßnahmen für Pflegekräfte (etwa im Bereich der Gerontopsychiatrie) - systematische Einbeziehung ehrenamtlicher Mitarbeiter/- innen 	
Frage 12	<ul style="list-style-type: none"> - „Aktionsprogramm „Landärzte“ der Landesregierung - gezielte Förderung der ärztlichen Versorgung in Heimen - Unterstützung von Projekten in diesem Bereich und Innovationsformen zur Förderung einer effizienteren Abstimmung von Pflegeheimen und Medizinern in neu geschaffenen Netzwerken 	
Frage 13	<ul style="list-style-type: none"> - Vernetzung der eingerichteten Pflegestützpunkte mit den bereits vorhandenen vielfältigen Beratungsangeboten 	



Demenz Support Stuttgart
Zentrum für Informationstransfer

Stiftung Liebenau



bruderhaus **DIAKONIE**
Stiftung Gustav Werner und Haus am Berg



Frage 14	- Anknüpfen an die bisherige Zusammenarbeit mit den Kommunen
-----------------	--



Wahlprüfsteine Altenpolitik – Landtagswahl Baden-Württemberg März 2011

Grüne	Franz Untersteller	Edith Sitzmann	Winfried Kretschmann	Thomas Poreski	Sandra Boser
Frage 1	<ul style="list-style-type: none"> - Überprüfung und Ausrichtung der Altersbilder an der Realität - Berücksichtigung und Umsetzung der Empfehlungen der Altenberichtscommission - Förderung von lebenslangem Lernen und Weiterbildung - Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung im Alter > Mentalitätswechsel - Berücksichtigung von Altersdiskriminierungen gemäß AGG 				
Frage 2	<ul style="list-style-type: none"> - nachhaltige Steigerung der Beschäftigungsbeteiligung Älterer in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Betriebsräten, Unternehmen und Krankenkassen 				
Frage 3	<ul style="list-style-type: none"> - Übertragung des MiMi-Projekts („von Migranten für Migranten“), das über muttersprachliche Gesundheitslotsen Zugänge in das deutsche Gesundheits- und Pflegesystem aufzeigt - interkulturelle Öffnung und Modernisierung der Altenhilfe durch gezielte Kooperation mit Migranten-Organisationen - kultursensible Angebote und Dienste (Wohnformen fürs Alter, Pflegeangebote, auch ambulante Pflege) für ältere Migranten - Bereitstellung praktischer Informationen über das Recht auf Sozialhilfe, Renten, Gesundheitsfürsorge im Gastland und dem Herkunftsland durch öffentliche Institutionen, Gemeindezentren, Migranten-Organisationen, Kulturzentren und religiöse Institutionen 				
Frage 4	<ul style="list-style-type: none"> - realistische und ausdifferenzierte Altersbilder > Überprüfung und wo möglich Abbau von Altersgrenzen beim bürgerschaftlichen Engagement - Aus- und Aufbau eines generationenübergreifenden Freiwilligendienst - Ausbau der Infrastruktur für das Engagement Älterer bei Freiwilligenagenturen und Bürgerbüros 				
Frage 5	<ul style="list-style-type: none"> - Aufbau neuer altersoffener sowie generationenübergreifender Freiwilligendienste - gleiche Bedingungen für alle Dienstleistenden und Zusammenwachsen von bewährten Freiwilligendiensten und dem neuen Bundesdienst 				
Frage 6	<ul style="list-style-type: none"> - vielfältige, auch neue und alternative Wohnformen im Alter - Verwendung der auslaufenden Gelder aus der Pflegeheimförderung in Baden-Württemberg für die Förderung neuer Wohnformen 				
Frage 7	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung eines modernen Einrichtungs- und Dienstrecht (Vgl. Bayern) - „Wellfare-Mix“ in der Pflege 				
Frage 8	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau des Angebots an Tagespflegeeinrichtungen - Acquire und Qualifikation von Freiwilligen für haushaltsnahe und sozialpflegerische Tätigkeiten 				
Frage 9	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung des Gesetzentwurfs des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in der Pflege 				
Frage 10	<ul style="list-style-type: none"> - Qualitätssicherung in der Pflege - Vermeiden von Doppelprüfungen - Höchstmaß an Transparenz in der Pflege (durch Prüfberichte und mentale Offenheit) 				
Frage 11	<ul style="list-style-type: none"> - Vermeidung von freiheitsentziehenden Maßnahmen als oberste Priorität - Schaffung einer verlässlichen Datenlage im Hinblick auf mechanische Fixierungen und „ruhigstellende“ Medikamente - absolute Transparenz und Öffentlichkeit - Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements - Unterstützung sowie verpflichtende Fort- und Weiterbildungen - Erfassen von technischen Hilfsmitteln zur Vermeidung von Fixierung über den 				



	Hilfsmittelkatalog (Poreski)
Frage 12	- zusätzliche Mittel für „Heimärzte“
Frage 13	- sinnvolle Verankerung und Ausstattung von Pflegestützpunkten - Aufbau neuer Pflegestützpunkte - Pflegeberatung muss als aufsuchender Dienst funktionieren, d.h. präventive Hausbesuche abstimmen und aktiv auf ältere und pflegebedürftige Menschen zugehen
Frage 14	- Einrichtung von regionalen Gesundheitskonferenzen und kommunalen Runden Tischen > bessere Vernetzung - Handlungsspielräume für Kommunen fördern, Nachdenken über finanzielle Spielräume - zu ergänzen um eine von der Landesregierung strukturell unabhängige Landesaufsicht über kommunale Sozialpolitik, bei der auch ein wirksames Beschwerdemanagement anzusiedeln ist (Poreski)



Wahlprüfsteine Altenpolitik – Landtagswahl Baden-Württemberg März 2011

Die Linke	Lothar Schuchmann
Frage 1	<ul style="list-style-type: none"> - Analyse der aktuellen sehr unterschiedlichen sozialen und gesellschafts-politischen Situation > Maßnahmen praktischer Politik - Selbstbestimmung Hilfsbedürftiger über Pflegemaßnahmen - Unterstützung pflegender Angehöriger - Verbesserung der Arbeitsbedingungen der im Pflegebereich Beschäftigten - Berücksichtigung der Vielfalt der kulturellen Hintergründe älterer Menschen
Frage 2	<ul style="list-style-type: none"> - altersgerechte Fortsetzung der Berufstätigkeit in körperlicher und psychischer Gesundheit und Leistungsfähigkeit - Frühverrentung ohne wesentliche Abzüge - Entgegenwirken einer „Zwangsverrentung“ trotz nachweislich guter Leistungsfähigkeit und klar geäußertem Arbeitswillen durch Arbeitgeber - betriebliches Altersmanagement - Aufweichung der starren Altersgrenzen zugunsten einer individuell an der physischen und psychischen gesundheitlichen Situation und Leistungsfähigkeit des Arbeitnehmers orientierte Weiterbeschäftigung - Ablehnung der Rente ab 67
Frage 3	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffen von (Generationen übergreifenden) Einrichtungen, die entsprechend den kulturellen und sozialen Vorstellungen von Migranten gestaltet sind (Mehrgenerationenhäuser) - interkulturelle Kompetenz in Seniorenbüros und Pflegestützpunkten - Berücksichtigung von MigrantInnen sind bei der Einstellung von MitarbeiterInnen > Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement etwa in Integrationskursen
Frage 4	<ul style="list-style-type: none"> - nicht an materiellem Gewinn orientierte Freiwilligkeit, Selbstorganisation und Selbstbestimmtheit etwa in Form von Vereinen, Arbeitsgemeinschaften oder Bürgerinitiativen - Anerkennungskultur für Bürgerschaftliches Engagement
Frage 5	<ul style="list-style-type: none"> - Verzahnung von „Freiwilligendiensten aller Generationen“ mit Erfahrungen in der lokalen Engagementförderung und die Initiierung neuer Ansätze (Projektpartner: Bundesagentur für Arbeit, IHK, HWK, CCHF, Seniorenbegegnungsstätten, Seniorenbüro etc.)
Frage 6	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung eines positiven Miteinanders der Generationen > zusätzliche tragende quasi-verwandtschaftliche (wahlverwandtschaftliche) und damit verbindliche Netzwerke
Frage 7	<ul style="list-style-type: none"> - umfassende Verbesserungen in der Alten- und Krankenpflege - Selbstbestimmung von hilfebedürftigen Menschen über ihre Lebensbedingungen und Maßnahmen
Frage 8	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung pflegender Angehöriger
Frage 9	<ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung der Arbeitsbedingungen der im Pflegebereich Beschäftigten - das System der Pflegestufen ist durch ein ganzheitliches Pflegekonzept zu ersetzen - flächendeckende Einrichtungen der ambulanten Pflege mit gut ausgebildeten und bezahlten Beschäftigten („Pflegestützpunkte“) - Leben in Mehrgenerationenhäusern muss durch sozialen Wohnungsbau für alle Menschen finanzierbar sein - erweiterter Pflegebedürftigkeitsbegriff zur Überwindung der rein körperbezogenen Hilfeleistung und eine verbesserte soziale Teilhabe, auch für Demenzkranke - Einführung von Transparenz-Kriterien, die Pflegeheime für die Öffentlichkeit und potentielle Heimbewohner durchsichtiger machen > an der Realität orientiertes Bewertungssystem



	<ul style="list-style-type: none"> - unter Beteiligung der Angehörigen der Pflegeheim-Bewohner und des Heimbeirats - Durchsetzung des Rechts auf freie Heimplatzwahl für Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen - Verbesserung der Mindestheimbauverordnung - Recht auf ein Einzelzimmer und ausreichenden Wohnraum im Altenheim - permanente Überwachung gesetzlicher Anforderungen - personelle Aufstockung der Heimaufsicht in den Landratsämtern - Inspektionen von Heimaufsicht und MdK ohne Anmeldung - Aufstockung des Personals in den Heimen - Weiterentwicklung der Heimmitwirkungsverordnung - Informations-, Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte für Angehörige und Bekannte, die Pflegbedürftige unterstützen - Strafrechtliche Verfolgung von gefährlicher und fahrlässiger Pflege
Frage 10	- dialogische Qualitätsentwicklung ohne das betriebswirtschaftliche Rechenwerk mit strikter neoliberaler Profitlogik
Frage 11	<ul style="list-style-type: none"> - Einrichtungen, die überwiegend der Profit-Logik folgen, sind zu schließen - Durchsetzung eines den Aufgaben entsprechenden Personalschlüssels - „Verklammerung“ der Alten- und Krankenpflege sowie aller weiterer relevanter Berufe des Sozialwesens mit eigener Berufsordnung (vergleichbar mit den Ärztekammern)
Frage 12	- Änderungen im Abrechnungssystem (KV-Baden-Württemberg) oder Schaffung von eigenständigen Heimärzten im Rahmen des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD)
Frage 13	<ul style="list-style-type: none"> - Angliederung von Pflegestützpunkten an die Quartiersarbeit in den jeweiligen Stadtvierteln - Verbesserung der Personalstärke und Ausstattung der Pflegestützpunkte
Frage 14	- ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten der Kommunen



Wahlprüfsteine Altenpolitik – Landtagswahl Baden-Württemberg März 2011

Die Violetten	Michael Pfeiffer
Frage 1	<ul style="list-style-type: none"> - Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle, auch eben für ältere Menschen (ca. 1000,- Euro) - darüber hinaus müssen Erkrankungen finanziell bezuschusst, sowie hierfür besondere Einrichtungen geschaffen bzw. ausgebaut und entsprechend qualifizierte Pflegekräfte vermehrt eingesetzt werden
Frage 2	
Frage 3	
Frage 4	
Frage 5	
Frage 6	
Frage 7	
Frage 8	
Frage 9	
Frage 10	
Frage 11	
Frage 12	
Frage 13	
Frage 14	